28. März 2012

Auswirkungen der Kürzung der Eingliederungstitel nach SGB II in Bremen

Im Land Bremen wird seit vielen Jahren öffentlich geförderte Beschäftigung verstärkt in sozial benachteiligten Stadtteilen eingesetzt. Damit wurden mehr echte Arbeitsverhältnisse auf dem Zweiten Arbeitsmarkt geschaffen statt „Ein-Euro-Jobs“. So sollte Erwerbslosen nicht nur die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtert werden. Idee war auch, „in den Quartieren Produkte und Dienstleistungen anzubieten und die Lebenssituation der Menschen vor Ort zu verbessern. Arbeitsförderung wurde also direkt mit sozialer Stadtpolitik verknüpft.“ Auf diesem Wege wurden Projekte unterstützt, die den sozialen Zusammenhalt verbessern sollten. „Dieser ›Bremer Weg‹ hat bislang Arbeitsmarkt-, Sozial- und Strukturpolitik geschickt miteinander verknüpft. Doch von diesem Weg droht Bremen sich nun zu verabschieden“, heißt es in einer Stellungnahme der Arbeitnehmerkammer. Die öffentlich geförderte Beschäftigung ist ein zentraler Bestandteil der Arbeitsförderung. Mit der sogenannten Instrumentenreform der Bundesregierung sollen bis zum Jahr 2014 16 Milliarden Euro in der Arbeitsmarktpolitik „eingespart“ werden - auf Kosten der Förderung zur Schaffung echter Arbeitsverhältnisse auf dem Zweiten Arbeitsmarkt. Durch dieses Kürzungspaket mit seiner drastischen Reduzierung der Eingliederungstitel werden auch in Bremen die Möglichkeiten für eine aktive Arbeitsmarktpolitik erheblich eingeschränkt. Wie aus dem soeben vorgestellten „Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2012“ des Jobcenters Bremen hervorgeht, werden die Mittelkürzungen der Bundesregierung derzeit mit -15 Prozent veranschlagt. So stehen dem Jobcenter für das Haushaltsjahr 2012 nur noch ca. 45 Mio. Euro an Ausgabemitteln für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" zur Verfügung (Vergleich 2011 mit 52,55 Mio.). Auf der anderen Seite schlägt das Verwaltungskostenbudget mit rund 43 Millionen zu Buche.

Wir fragen den Senat:

1. Allgemeine Beurteilung der Instrumentenreform

- a. Wie beurteilt der Senat die Auswirkungen der Senkung des Eingliederungstitels auf die Arbeitsmarktsituation im Bundesland Bremen und insbesondere hinsichtlich des ›Bremer Wegs‹ in der Ausgestaltung der Arbeitsförderung?
- b. Wird es weiterhin bei der Netzwerkstruktur bleiben, und wenn ja, in welcher Form?
- c. Wie beurteilt der Senat die Folgen der Instrumentenreform für die sozialraumorientierte, sozial integrative Beschäftigungsförderung insgesamt?

2. Konkrete Auswirkungen der Kürzung der Eingliederungstitel im Bereich des JobCenter Bremens

- 2.1. Aus der aktuellen Planung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente geht weiter hervor, dass auch die „integrationsorientierten Förderungen“ um rund 2,2 Mio. auf 14 Mio. Euro gekürzt werden und nur noch mit einem 7.360 Eintritten geplant wird. Schwerpunktmäßig sind von diesen Kürzungen Gruppenmaßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung betroffen
 - a. Welche Maßnahmen sind von diesen Kürzungen konkret betroffen? (Art der Maßnahme / des Projekts, Maßnahmenträger)
 - b. Wie viele Personen sind von diesen Kürzungen insgesamt betroffen?
 - c. Worin bestand / besteht der Nutzen der Maßnahmen für die TeilnehmerInnen?

Welcher Beitrag zur Qualifizierung wurde / wird jeweils geleistet?

d. Wie viele Langzeiterwerbslose konnten in diesem Bereich durch die jeweilige Maßnahme in den Ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden?

2.2. Folgen für Maßnahmen und Betroffene

Aus der aktuellen Planung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente geht hervor, dass die Eingliederungsleistung allein im Bereich „Beschäftigungsschaffende Maßnahmen“ von 21,5 Mio. Euro auf 13,5 Mio. heruntergefahren werden und im Gesamtbudget nur mit einem Anteil von 30 Prozent am Gesamtbudget veranschlagt werden.

a. Welche Maßnahmen sind von diesen Kürzungen konkret betroffen? (Art der Maßnahme / des Projekts, Maßnahmenträger)

b. Wie viele Personen sind von diesen Kürzungen insgesamt betroffen?

c. Worin bestand / besteht der Nutzen der Maßnahmen für die TeilnehmerInnen?

Welcher Beitrag zur Qualifizierung wurde / wird jeweils geleistet?

d. Wie viele Langzeiterwerbslose konnten in diesem Bereich durch die jeweilige Maßnahme in den Ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden?

2.3 Folgen für Projekte

a. Welche der Projekte des Programm „Geförderte Beschäftigung und Soziale Stadtentwicklung“ werden in 2012 fortgeführt? Gibt es Projekte, die eingestellt worden sind?

b. Wieviele sozialversicherungspflichtige Stellen gibt es aktuell noch in dem Programm?

c. Wieviel Injobs sind noch in dem Programm?

d. Welche weiteren arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind in dem Programm?

e. Wie ist die Planung für das Programm für das Jahr 2013?

3. Im Posten VII der Planung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente sind 2,2 Mio. Euro neu eingestellt, ohne dass näher auf deren Verwendung eingegangen wird. Um welche Förderungsleistungen handelt es sich dabei im Einzelnen? (Art der geplanten Maßnahme / des Projekts, Maßnahmenträger)

4. Wie stellt das JobCenter sicher, dass bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung keine Substitution von regulären Arbeitsplätzen des Ersten Arbeitsmarkts erfolgt?

5. In der Planung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird bei den Eingliederungsleistung insgesamt nur noch mit 16.050 „Eintritten“ geplant (2011 waren es noch 17.857).

a. Wie hoch schätzt die Verwaltung die „Folgekosten“ für das Land Bremen durch die geringeren Eingliederungsmöglichkeiten von Langzeitarbeitslosen in den Ersten Arbeitsmarkt ein? Wird von einer Steigerung bei den Kosten der Unterkunft ausgegangen?

b. Was bedeutet diese Planung für die Situation der Eingliederungsmöglichkeit für Langzeiterwerbslose in den Ersten Arbeitsmarkt?

c. Wie wird in Zukunft nach Umsetzung der Instrumentenreform die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen sichergestellt?

6. Folgen für Maßnahmenträger

a. Welche der rund dreißig Maßnahmenträger sind durch ausbleibende bzw. verringerte Trägerpauschalen betroffen? (Name des Trägers, Art der bisherigen Maßnahmen und Projekte)

b. In welcher Weise ist das hauptamtliche Personal der Maßnahmenträger davon insgesamt betroffen?

7. Es wurde angekündigt, dass auch die Pauschalen der „Betreuungskosten der In-Jobber“ gekürzt werden sollen. Bisher betrug der Satz 277 Euro. Welche Betreuungskostenpauschale (Maßnahmekostenpauschale) ist zukünftig im Bereich der Arbeitsgelegenheiten (AGH-MAE) geplant und durch wen wird sie gezahlt?

8. Nach welchen Prioritäten und nach welchen Kriterien will das JobCenter angesichts der einschneidenden Mittelkürzungen die Vergabe von Eingliederungsmaßnahmen zukünftig vornehmen?

9. Das Wirtschaftsressort hat nach einer Meldung rund 1,6 Millionen Euro an EU-Mittel in Aussicht gestellt, um die Finanzierungslücke zu schließen, die nach der Streichung der Mittel des Jobcenters entstanden sind. Wieviel Mittel werden aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung gestellt, ist diese Größenordnung zutreffend?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/buergerschaft/anfragen/detail/artikel/auswirkungen-der-kuerzung-der-eingliederungstitel-nach-sgb-ii-in-bremen>